

Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 27 (1987)

Vorwort: Editorial
Autor: Linder, Wolf

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

Wahlen und Abstimmungen gehören zum Kerngebiet politologischer Forschung. Die schweizerische halbdirekte Demokratie mit ihrer Kantonsvielfalt bietet dazu ein selten reiches Untersuchungsfeld. Trotzdem ist dieses Gebiet gerade in der Schweiz erst teilweise erschlossen. Das mag nicht zuletzt mit dem hohen finanziellen und methodischen Aufwand zusammenhängen, welche die Wahl und Abstimmungsforschung erfordert: Zwar liefern die offiziellen Wahl- und Abstimmungsstatistiken ein getreuliches Bild darüber, wie die Stimme des Volkes sich aus einzelnen Kreisen, Gemeinden und Kantonen vernimmt. Aber schon die soziologische Zusammensetzung der Urnengänger kann aus der offiziellen Statistik nicht ermittelt, und muss indirekt erschlossen werden. Man kann dazu etwa die Resultate aus katholischen, aus ländlichen, aus welschen oder Arbeitergemeinden denjenigen aus protestantischen, städtischen, deutschschweizerischen oder selbständig geprägten Gemeinden gegenüberstellen und daraus die Unterschiede des Stimmverhaltens interpretieren – ein Weg, den vor allem Vertreter des Zürcher Soziologischen Instituts beschrrieben haben. Will man aber die Motive der Urnengänger, ihre Reaktion gegenüber den Slogans der Abstimmungspropaganda, das Profil von Urnengängern und Stimmabstinenten herausfinden, kommt man an zusätzlichen Befragungen einer Stichprobe von Stimmberechtigten nicht herum. Dass solche Umfragen, die VOX-Analysen, seit 1977 überhaupt stattfinden, in Unabhängigkeit regelmässig ausgewertet und publiziert werden, verdanken politische Wissenschaft und die weitere Öffentlichkeit vor allem der Initiative Erich Gruners vom Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern. Gerade im Wahljahr 1987 möchte das schweizerische Jahrbuch für politische Wissenschaft aber nicht nur Beiträge zum Abstimmungs- und Wahlverhalten, sondern auch über einzelne Mechanismen und Verfahren unserer halbdirekten Demokratie vorlegen.

Wo aber steht die Wahl- und Abstimmungsforschung heute?

Beginnen wir beim *Methodischen*. *Dominique Joye* gibt Hinweise auf neuere Methodenentwicklungen der internationalen Forschung, in der auch die beiden Hauptrichtungen der aggregierten «Makro»-Untersuchung und der «Mikro»-Ansatz der individuellen Stichprobenbefragung deutlich werden, von denen wir eingangs gesprochen haben.

Auf besonderes Interesse stossen dürften die Beiträge zum *Wahlverhalten*. *Rolf Ritschards* Analyse der zurückliegenden *eidgenössischen Wahlen* scheint gewohnte Urteile zu bestätigen: Parlamentswahlen weisen eine Stabilität und Konstanz der Ergebnisse aus, die kaum mehr einen echten Wettbewerb der Parteien und keine Auseinandersetzung mit Folgen für Machtanteile erkennen las-

sen. Eher erscheinen Wahlen als eine ritualisierte Neuauflage historischer Konflikte zwischen Bürgerlichen, Katholiken und der Linken, während sich der soziale Wandel mit seinen Umschichtungen kaum auf das Ergebnis auswirkt. Zu ähnlichen Schlüssen gelangen *Dominique Joye und René Knuesel* in ihrer Arbeit über die *Regierungswahlen 1986 im Kanton Waadt*, bei denen die Liberalen für einmal aus der grossen bürgerlichen Entente mit den Radikalen und der UDC (Volkspartei) ausscherten. Die Untersuchung betritt Neuland, indem sie sich auf eine Befragung der Urnengänger direkt am Stimmlokal abstützt (exit poll).

Indessen kann die Kontinuität der Wahlergebnisse täuschen. Denn letztere hängen nicht nur vom individuellen Wahlverhalten, sondern von den Spielregeln des Wahlverfahrens ab. So ist das Proportionalwahlsystem des Nationalrats zwar dafür zugeschnitten, die Vielfalt der schweizerischen Parteien angemessen, also nach ihrem Wahlanteil, zum Zuge kommen zu lassen. In kleinen bis mittleren Kantonen, die rund die Hälfte der Nationalräte stellen, nähern wir uns allerdings de facto einem Majorzsystem: wo nur vier, drei oder ein Mandat zu vergeben sind, braucht es eben doch ein Viertel, Drittel oder gar die Hälfte der Stimmen, um eine Veränderung der Sitzverteilung zu erringen. *Dass unter der stillen Oberfläche konstanter Wahlergebnisse starke Tiefenströmungen herrschen*, ist die Grundthese von *Claude Longchamp*. Er vermerkt die zunehmende Loslösung des Stimmbürgers aus den Bindungen an die historischen Parteien und das Aufkommen eines neuen Urnengängers, der nicht mehr regelmässig, sondern gelegentlich – nach Umständen der Betroffenheit – seine Stimme abgibt. Dieser «wählerische» Urnengänger wäre imstande, mehr als den Lack des rituellen Charakters der Wahlen anzukratzen, von dem Ritschard spricht: Alt- wie Neuparteien könnten sich immer weniger auf «sichere» Wahlanteile verlassen, und ihr «Profil» in aktuellen politischen Sachfragen würde entscheidender für den Wahlerfolg als die hergebrachte Gruppenideologie. Wird die «alte» Stabilität abgelöst durch eine «neue Instabilität» wie Claude Longchamp dies nahelegt? Der Wahlherbst 1987 wird Hinweise geben.

Anzunehmen ist, dass bei zunehmender Parteiungebundenheit der Stimmentausch durch Panaschieren nichts von seiner Beliebtheit verlieren wird. *Ruedi Burger* stellt eine Methode vor, die klare und praktisch interessante *Aussagen über Panaschiergewinne aufgrund von Parteidisziplin, Kandidatenpopularität und Parteiaffinitäten* liefert.

Eine grössere Arbeit *Peter Gilgs* befasst sich mit dem *Abstimmungsverhalten*. Sie gilt dem anspruchsvollen Unternehmen, *Stabilität und Wandel der politischen Kultur einzelner Regionen* in historischer Perspektive zu erfassen. Gilg stösst dabei auf eine Reihe von Bezirken, die sich als Inseln im Zeitstrom ausnehmen und konstant z. B. «konservativ», «links», «liberal» oder «interventionistisch» stimmen, während andere Bezirke von wechselnden Tendenzen geprägt sind.

Kommen wir zu einzelnen *Institutionen der direkten Demokratie*.

Eine Reihe von Artikeln befasst sich mit der *Volksinitiative*. *Hans Moser* hat – als erster wohl – die *Initiativen-Praxis der Kantone* umfassend untersucht. Die minutiöse Arbeit belegt zunächst, dass die Volksinitiative auf kantonaler Ebene nicht nur ein breiteres Wirkungsfeld, sondern auch eine bedeutend höhere Erfolgchance aufweist als beim Bund. Die Schlussthesen Mosers deuten darauf hin, dass die Funktion der Volksinitiative im kantonalen Entscheidungsprozess grundsätzlich anders einzuschätzen ist. Es wäre spannend, Aspekte dieser unterschiedlichen Kultur des Vorschlagsrechts des Volkes bei Bund und Kantonen zu vertiefen.

Ist andererseits mit eidgenössischen *Volksbegehren* überhaupt noch etwas auszurichten? Die Durchsicht der Initiativen der letzten zehn Jahre durch *Rolf App* zeigt, dass die Ergebnisse der bisherigen Literatur (etwa *Hans Werder: Die Bedeutung der Volksinitiative in der Nachkriegszeit*, Bern 1978) kaum korrekturbedürftig sind: bleibt der Volksinitiative der direkte Erfolg zumeist versagt, so vermag sie doch indirekte Wirkungen zu erzielen.

Eine schon bei *Jean-Daniel Delley (Mythe et réalité de la démocratie directe*, Genève 1977) angelegte These vertieft *Bruno Hofer*: ähnlich wie beim Referendum hat sich der Charakter der Volksinitiative im Laufe der Zeit stark verändert. Die Möglichkeit des Rückzugs durch das Initiativkomitee führt dazu, dass ein Grossteil der Initiativen als Druck- und Verhandlungsinstrument für institutionelle Kompromisse eingesetzt wird. Hofer stellt ähnliche Mediatisierungseffekte wie beim Referendum fest: Verweigerungs- oder Verhandlungsmacht haben vor allem organisierte Kräfte.

Die beiden letzten Beiträge zu den Institutionen machen das weite Spektrum der schweizerischen Formen direkter Demokratie deutlich. Auf der einen Seite gehen *Silvano Möckli* und *Peter Stahlberger* den historischen Wurzeln der traditionellen *Landsgemeinde* nach. Sie zeigen deren Funktionieren in den Halbkantonen des Kantons Appenzell, die sich den Modernisierungsversuchen der Versammlungsdemokratie – etwa der Teilnahme der Frauen – bisher als widerborstig erwiesen haben. Am andern Ende des Spektrums finden wir die Versuche, institutionelle Formen direkter Demokratie fortzuentwickeln. *Brigitte Wehrli-Schindler* belegt dies in ihrem Beitrag aus dem Bereiche der Raumplanung, wo diese Versuche besonders wichtig erscheinen, aber wohl auch am weitesten gediehen sind.

Kritik und Ausblick vermittelt uns *Erich Gruner* zum Abschluss und dies gleich in doppelter Hinsicht. Denn der Autor diagnostiziert sowohl direkte Demokratie wie die Forschung, die sich mit ihr befasst. Den vorgegebenen Begriffen der Alltagssprache zu misstrauen, die wissenschaftlichen Begriffe gründlicher auf ihren Realitätsgehalt zu überprüfen, die konkurrierenden Forschungsansätze gegenseitig vermehrt zu diskutieren – das ist eine Mahnung Gruners, die über die Wahlforschung und die Politologie hinaus in unserem sozialwissenschaftlichen Forschungsbetrieb zu hören wäre. Nachzudenken aber hätten

wir alle über das, was Gruner über Zustand und Perspektiven direkter Demokratie, gegen den Strich gebürstet, uns aufgibt.

Ich möchte allen Autoren danken, ihren Beitrag für dieses Jahrbuch mit seiner attraktiven wie schwierigen Thematik nicht nur versprochen, sondern auch geliefert zu haben. Das Redaktionskomitee, bestehend aus den Herren Roger Blum, Peter Gilg, Dominique Joye, Claude Longchamp und Rolf Ritschard hat zum Gelingen des Bandes massgeblich beigetragen.

Wolf Linder

Editorial

Les élections et les votations constituent l'un des sujets de prédilection de la science politique. A cet égard la Suisse, avec ses institutions de démocratie directe et sa diversité cantonale, offre un champ d'observation particulièrement intéressant. Pourtant cette approche, pour des raisons financières et méthodologiques, est encore relativement peu pratiquée. Certes les statistiques officielles des élections et des votations donnent une image fidèle de la distribution des voix dans les communes, les districts et les cantons. Mais elles ne disent rien des caractéristiques sociologiques des électeurs. On peut obtenir indirectement ces données en comparant les résultats des communes catholiques, rurales, romandes ou ouvrière à ceux des communes protestantes, urbaines, alémaniques ou à celles où prédominent les professions indépendantes. Cette méthode a surtout été expérimentée par l'Institut de sociologie de Zurich. Si l'on veut connaître les motivations des électeurs, leurs réactions face aux mots d'ordre de la campagne référendaire, le profil des votants et des absentionnistes, il faut procéder à un sondage d'opinion. C'est avant tout grâce à l'initiative d'Erich Gruner, du Centre de recherche sur la politique suisse (Université de Berne) que nous devons de disposer de tels sondages – les analyses VOX – depuis 1977. En cette année électorale, l'Annuaire suisse de science politique propose des contributions non seulement sur le comportement des citoyens mais également sur les mécanismes et les processus de la démocratie semi-directe.

Où en est la recherche électorale aujourd'hui?

Commençons par les problèmes méthodologiques. Dominique Joye présente les développements les plus récents de la recherche internationale qui intègrent aussi bien l'approche macroscopique des données agrégées que l'approche «micro» des sondages par échantillon.

Les contributions sur le comportement électoral présentent un intérêt tout particulier. L'analyse de Rolf Ritschard sur les élections fédérales confirme la prédominance de la stabilité; on ne peut plus guère considérer qu'il s'agit d'une compétition entre partis et d'un conflit pour le partage du pouvoir. Les élections apparaissent plutôt comme la ritualisation d'antagonismes historiques entre les partis bourgeois, les catholiques et la gauche; elles ne traduisent que peu les changements sociaux. Dans leur travail sur les élections au Conseil d'Etat vaudois de 1986 – les libéraux ont à cette occasion abandonné l'Entente bourgeoise – Dominique Joye et René Knuesel arrivent à des conclusions semblables. A noter une nouveauté: les auteurs ont effectué un sondage dans les bureaux de vote (exit poll).

Il faut néanmoins se méfier de la stabilité des résultats électoraux qui ne dépendent pas seulement des comportements individuels mais aussi de la procédure de vote. Le système proportionnel en vigueur pour l'élection du Conseil

national permet en principe l'expression de la diversité politique; mais, dans les cantons de petite et moyenne dimension qui disposent de la moitié des sièges au Conseil national, on a affaire à un système majoritaire de fait: lorsque le canton n'a droit qu'à quatre, trois ou même un seul député, il faut réunir le quart, la tiers ou la moitié des voix pour modifier la répartition des sièges. Claude Longchamp défend la thèse que la stabilité des résultats électoraux cache des mouvements importants. Il observe une distance croissante des citoyens à l'égard des partis traditionnels et l'émergence d'un nouvel électeur qui s'exprime occasionnellement, dans la mesure où il se sent concerné. Ce citoyen «à option» serait en mesure de perturber le caractère rituel des élections dont parle Ritschard: les partis établis ainsi que les nouvelles formations politiques ne pourraient plus compter sur un électorat stable; leur succès dépendrait plus de leur attitude sur des sujets particuliers que de leur profil idéologique. Une ère d'instabilité va-t-elle s'ouvrir, comme le prévoit Claude Longchamps? Les prochaines élections donneront une première réponse.

L'affaiblissement de l'identification partisane ne va pas contribuer à faire diminuer les transferts de voix par la pratique du panachage. Ruedi Burger présente une méthode qui permet de faire des constatations intéressantes à ce sujet, sur la discipline partisane, la popularité des candidats et les affinités politiques.

Peter Gilg propose un travail ambitieux. Dans une perspective historique, il tente de saisir l'évolution de la culture politique de certaines régions sur la base des résultats des votations. Il distingue une série de districts – conservateurs, de gauche, libéraux, interventionnistes – dont le vote est caractérisé par la stabilité, alors que d'autres au contraire évoluent dans leur attitude.

Venons-en à quelques aspects de la démocratie directe. Plusieurs contributions traitent de l'initiative populaire. Hans Moser fait oeuvre de pionnier en examinant de manière exhaustive la pratique de l'initiative cantonale. Cette dernière offre un champ d'action plus étendu et bénéficie d'un taux de succès plus élevé qu'au niveau fédéral. Moser soutient que la fonction de l'initiative populaire dans le processus de décision cantonal est également très différente. Il serait intéressant d'approfondir certains aspects de ces différences entre les deux niveaux fédéral et cantonal.

Est-il encore possible d'obtenir un résultat positif par le biais de l'initiative populaire au niveau fédéral? Rolf App examine les initiatives de la dernière décennie et constate que la littérature sur ce sujet (notamment Hans Werder: *Die Bedeutung der Volksinitiative in der Nachkriegszeit*, Berne 1978) est toujours pertinente: si l'initiative n'aboutit que rarement, elle permet néanmoins des résultats indirects.

Bruno Hofer approfondit une thèse déjà proposée par Jean-Daniel Delley (*L'initiative populaire en Suisse*, Genève 1977): à l'instar du référendum, le caractère de l'initiative s'est profondément transformé. La possibilité de retirer une initiative déposée conduit à ce qu'une grande partie des demandes sont conçues comme un moyen de pression et de négociation en vue d'une solution de

compromis. Hofer observe, comme pour le référendum, que les forces organisées sont les mieux à même de négocier leurs initiatives.

Les deux dernières contributions consacrées aux institutions mettent en évidence la diversité des formes de démocratie directe en Suisse. Silvano Möckli et Peter Stahlberger rappellent les racines historiques de la Landsgemeinde et présentent son fonctionnement dans les deux demi-cantons d'Appenzell qui, jusqu'à présent, ont résisté aux tentatives de modernisation de la démocratie d'assemblée, notamment en refusant le droit de vote des femmes. Mais il y a aussi des tentatives de développer les formes institutionnelles de la démocratie directe. Brigitte Wehrli-Schindler analyse cette évolution particulièrement sensible dans le domaine de l'aménagement du territoire.

En conclusion Erich Gruner nous propose une réflexion critique aussi bien sur la démocratie directe que sur l'approche scientifique. Méfions-nous des évidences véhiculées par le langage quotidien, confrontons plus attentivement les concepts scientifiques à la réalité empirique et ne craignons pas de débattre contradictoirement des postulats de la recherche. Par ailleurs Gruner ne craint pas d'aborder de manière peu conventionnelle la situation et les perspectives d'avenir de la démocratie directe.

Pour terminer, je tiens à remercier tous les auteurs d'avoir tenu le pari de traiter un thème intéressant mais difficile ainsi que le comité de rédaction – Roger Blum, Peter Gilg, Dominique Joye, Claude Longchamp et Rolf Ritschard – qui a grandement contribué à la réussite de cette entreprise.

Wolf Linder

